

## **#Mietenwahnsinn-Hessen geht weiter - kein Kurswechsel in der hessischen Wohnungspolitik**

**Das Bündnis #Mietenwahnsinn-Hessen, ein Zusammenschluss von Mieter\*innen-Initiativen, Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften und Mieterbund, zeigt sich sehr enttäuscht von den mutlosen Ausführungen zum Thema Wohnen im heute veröffentlichten Koalitionsvertrag von Bündnis 90/ Die GRÜNEN und CDU.**

Das Thema Wohnen soll zukünftig einem „Super-Ministerium“ Wirtschaft, Verkehr und Wohnen unter der Leitung von Minister Tarek Al-Wazir zugeordnet werden. Das Bündnis betrachtet diesen Schritt äußerst kritisch und befürchtet, dass das Thema Wohnen als eine der wichtigsten sozialen Fragen unserer Zeit zukünftig noch stärker an Wirtschaftsinteressen der Immobilienbranche ausgerichtet wird.

„Wohnen ist ein Grundbedürfnis und darf nicht den Marktmechanismen und dem freien Spiel der Kräfte überlassen werden. Die aktuellen Probleme steigender Mietpreise und massiver Wohnraumknappheit lassen sich nur mit einer gemeinwohlorientierten Wohnungspolitik lösen, die wir im Koalitionsvertrag nicht erkennen können“, so das Bündnis.

In dem gerade bekannt gewordenen Koalitionsvertrag sind lediglich minimale Verbesserungen erkennbar, der dringende benötigte Kurswechsel hin zur Schaffung und Sicherung bezahlbaren Wohnraums für alle in Hessen ist nicht erfolgt.

Im Oktober waren 8.000 Menschen aus ganz Hessen dem Demonstrations-Aufruf des Bündnisses #Mietenwahnsinn-Hessen gefolgt und forderten im Rahmen einer hessenweiten Demonstration in Frankfurt eine Kehrtwende in der Wohnungspolitik. „Der Koalitionsvertrag zeigt zwar, dass der öffentliche Druck beim Thema Wohnen wirkt. Die Verlängerung der Kündigungssperrfrist nach Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen von fünf auf acht Jahre und die Vergabe eines Teils öffentlicher Liegenschaften nach Konzept sind erste Erfolge unseres Protests. Aber ein grundlegender Wechsel der Wohnungspolitik ist mit einer Neuauflage der schwarz-grünen Regierungskoalition nicht zu schaffen“, so das Bündnis #Mietenwahnsinn-Hessen.

Die Ankündigungen zum Thema Sozialer Wohnungsbau greifen zu kurz. Das Bündnis #Mietenwahnsinn-Hessen fordert nicht nur eine deutliche Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus um den dramatischen Schwund an Sozialwohnungen umzukehren. Auch sollte die Befristung von Sozialbindungen aufgehoben und nach dem Prinzip – Einmal Sozialbindung, immer Sozialbindung – verfahren werden. Dies ist nicht Teil des Koalitionsvertrags. Dabei hat sich die Zahl der Sozialwohnungen auf Grund auslaufender Sozialbindungen in den letzten zwei Jahrzehnten halbiert: von knapp 180.000 im Jahr 1999 auf zurzeit gut 93.000 Sozialwohnungen. 55.000 Menschen sind aktuell auf der Suche nach

einer Sozialwohnung, die Koalition will laut Vereinbarung lediglich 22.000 neue Sozialwohnungen bis 2024 fördern.

Nicht einmal die Bekämpfung von spekulativem Wohnungsleerstand mit einer Wohnraumzweckentfremdung hat es in den Koalitionsvertrag geschafft. „Ein weitgehendes „Weiter so“ in der Wohnungspolitik ist unter diesen Vorzeichen vorprogrammiert und wird die katastrophale Lage am Wohnungsmarkt weiter zuspitzen und zu einer Ausweitung der Mieter\*innenproteste führen“, schließt das Bündnis.

Der komplette Forderungskatalog des Bündnisses kann über [www.mietenwahnsinn-hessen.de/Forderungen/](http://www.mietenwahnsinn-hessen.de/Forderungen/) heruntergeladen werden.

.....

V.i.S.d.P: Annette Wippermann c/o Der PARITÄTISCHE – Landesverband Hessen e.V., Auf der Körnerwiese 5, 60322 Frankfurt, Handy-Nr.: 0172 751 47 61 .